

Beschluss

8/2011



aej

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V.

122. Mitgliederversammlung
17. bis 20. November 2011

Rechtsextremismus vorbeugen, erkennen und bekämpfen

Die rechtsextremistisch motivierte Mordserie, die durch die aktuellen Vorfälle in Eisenach und Zwickau bekannt wurde, entsetzt uns. Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej) trauert mit den Angehörigen der Opfer.

Mitten unter uns werden Menschen verfolgt, gequält und ermordet – wir sind traurig und wütend.

Seit Jahren wird die Gefahr rechtsextremistischer Tendenzen von Verantwortlichen in Staat, Kirche, Politik und Gesellschaft übersehen, unterschätzt, verleugnet oder verharmlost – wir sind fassungslos und empört.

Sollte sich bewahrheiten, dass staatliche Organe in diese Straftaten verstrickt sind, die bis zu mehrfachen Morden geführt haben, müssen die zuständigen Personen zur Verantwortung gezogen werden. Der Rechtsstaat und die Grundrechte müssen in unserer Gesellschaft garantiert sein.

Insbesondere Gefährdete und Opfer haben ein Recht auf größtmöglichen Schutz und auf hundertprozentige Aufklärung.

Studien zeigen, dass rechtsradikales Gedankengut aus der Mitte unserer Gesellschaft wächst. Gewalt und neonazistischer Terror entstehen nicht zufällig.

Die Ächtung nazistischer, rassistischer, antisemitischer und islamfeindlicher Gedanken, Äußerungen und Aktivitäten muss selbstverständlicher Konsens sein - wir sind wachsam und solidarisch.

Wir erwarten von den Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen, dass das ehrenamtliche und hauptberufliche zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus nachhaltig und dauerhaft finanziell gefördert wird. Zeitlich befristete Projekte in diesem Bereich sind unzureichend.

Wir wünschen uns selbst und allen anderen Menschen den Mut, Zivilcourage zu zeigen und sich für ein friedliches Miteinander einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich, 1 Enthaltung